

kritik & utopie ist die politische Edition
im mandelbaum *verlag*.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und
auch Übersetzungen fremdsprachiger
Texte, populäre Sachbücher sowie
akademische und außeruniversitäre
wissenschaftliche Arbeiten.

Arman Spéth, Dominic Iten, Lukas Brügger (Hg.)

SCHWEIZER KAPITALISMUS

Erfolgsmodell in der Krise

mandelbaum *kritik & utopie*

© mandelbaum verlag eG, Wien 2025
office@mandelbaum.at
Wipplingerstr. 23, 1010 Wien

alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Elvira Gross
Satz: Bernhard Amanshauser
Umschlag: Michael Baiculescu und Martin Birkner
Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

DOMINIC ITEN, ARMAN SPÉTH UND LUKAS BRÜGGER

7 Vorwort: Geschichte oder Mythos?

14 Danksagung

GESCHICHTE UND GEGENWART DES SCHWEIZER KAPITALISMUS

WILLI EBERLE

17 Entstehung des Schweizer Kapitalismus

JURI AUDERSET

31 Der metabolische Riss durch die Schweiz

ROLAND HERZOG UND HANS SCHÄPPI

47 Profitrate und Kapitalismusentwicklung in der Schweiz

ARMAN SPÉTH UND MICHAEL GRAFF

67 Die Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft

MASCHA MADÖRIN

85 Sorge- und Versorgungswirtschaft und das Geschäftsmodell
Schweiz

ANKE SCHAFFARTZIK, HANSPETER WIELAND,
CHRISTIAN DORNINGER

103 Schweizer Kapitalismus auf Grundlage von ökologisch ungleichem
Tausch

MICHAEL ROBERTS (ÜBERSETZT VON NAVIN SURESKUMARAN)

116 Aufstieg und Fall des Schweizer Bankwesens

SOZIALSTRUKTUREN UND KLASSENVERHÄLTNISSE

- UELI MÄDER
135 Sozialstrukturen in der Schweiz
- HANS BAUMANN UND ROBERT FLUDER
148 Konservierung von Ungleichheit und Klassenstruktur:
Entwicklungen seit 1950
- STÉPHANIE GINALSKI UND MATTHIEU LEIMGRUBER
167 „Es gibt regelrechte Brüche innerhalb der Schweizer Eliten“
Gespräch mit Dominic Iten, Arman Spéth und Lukas Brügger
- JACQUELINE KALBERMATTER
182 Integrationspolitik und Kontrolllücken in der Schweizer
Arbeitskraftpolitik

STAAT, POLITIK UND ÖFFENTLICHKEIT

- DOMINIC ITEN
199 Die Schweizer Neutralität als kleinstaatlicher Opportunismus
- GEORG KREIS
216 Die Haltung der Schweiz zu Apartheid-Südafrika:
Profitgenerierung versus Beachtung der Menschenrechte?
- LUKAS BRÜGGER UND EUGEN RIESER
226 Schweizer Medienkonzerne im Wandel. Eine ideologiekritische,
politökonomische Skizze
- FRANCO CAVALLI
247 „Wir sollten unsere direkte Demokratie im Sinne der Pariser
Kommune ausbauen!“
Gespräch mit Arman Spéth, Dominic Iten und Lukas Brügger
- 256 Autor:innen

Vorwort: Geschichte oder Mythos?

„Ist der Kapitalismus eines Tages überwunden, sollte die Schweiz als kleines Museum des Kapitalismus erhalten bleiben.“ So lautet angeblich ein Vorschlag von Lenin. Er soll ihn in Zürich, während seiner Zeit im Schweizer Exil, im Gespräch mit einem Schweizer Genossen geäußert haben.

Die Anekdote mag erfunden sein – und doch hat sie einen wahren Kern. Fast modellhaft lassen sich in der Schweiz die Merkmale und Widersprüche eines erfolgreichen Zentrums in der kapitalistisch organisierten Welt studieren. Zugleich – und das gehört als ideologische Ergänzung zum anschaulichen Modell dazu – werden diese Widersprüche glattgebügelt.

Fast will es scheinen, als würden die bürgerlichen Kräfte Lenins Drohung wahrnehmen, noch bevor die umliegenden Staaten ihre kapitalistischen Verhältnisse überwunden haben. Fleißig arbeiten bürgerliche Intellektuelle, Politiker:innen, Unternehmen und Medien an der Konservierung der Schweiz, zimmern am goldglänzenden Überbau eines Landes, dessen materielle Grundlage von Gegensätzen geprägt wird.

Heraus kommt eine Erzählung, in der sich Wahrheit und Mythos eng verschränken und die hierzulande jedes Schulkind kennt:

Als neutraler Kleinstaat ist die Schweiz von den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts unberührt geblieben. Die immer stärker tobenden Weltmarktgewitter ziehen an der Insel im Herzen Europas vorbei. Als Steuerparadies, Sitz von Großkonzernen, Finanzplatz und Drehscheibe für internationalen Rohstoffhandel brachte es die Schweiz zu beachtlichem Wohlstand. Weit ausgebaute direkt-demokratische Instrumente ermöglichen die Partizipation aller Interessengruppen am politischen Prozess, eine starke Sozialpartnerschaft sichert den Arbeitsfrieden. Föderalismus und Konkordanz moderieren innere Konflikte, nach außen wirken Neutralität und Unabhängigkeit als stabilisierender Faktor.

Ja, um die Schweiz ranken sich viele Mythen –
aber können wir uns diese Mythen leisten?

Die Erzählung der Schweizer Geschichte als Sonderfall ist heute von verschiedener Seite bedroht. Umso stärker wird daran festgehalten. Das erfahren mindestens diejenigen, welche die Schweiz von ihren Mythen befreien möchten.

Ihnen stellen sich nicht nur bürgerlich-konservative Mythen entgegen. Ein Blick in die Zeitungen, TV-Programme und die Sozialen Medien von

heute lassen noch Schlimmeres befürchten: Die Gegenwart droht geschichtslos zu werden.

Hat der konservative Geist die Geschichte noch angerufen, um sie in seinem Namen zu verfälschen, „so verscherbelt der wirtschaftsliberale Geist die Geschichte wie Unterhosen, Kampfbomber, Fertigsuppen und andere Marktgegenstände, in die sich die erfahrbare Welt unterschiedslos verwandelt“. Was Robert Kurz um die Jahrtausendwende pointiert feststellte, nämlich dass „die kapitalistischen Medien die Geschichte selbst enthistorisieren“ und sie in die Ökonomie des Marktes auflösen, lässt sich mit Blick auf die Schweizer Medienlandschaft weitestgehend bestätigen (Kurz 1999, 4).

Die jüngsten Umstrukturierungen der TX Group werden mit dem Argument begründet, dass der gewaltige Medienkonzern eben „wirtschaftlich“ bleiben müsse. **Lukas Brügger** und **Eugen Rieser** beschreiben den **8 Wandel des Schweizer Mediensystems** mit Blick auf seine Einbettung in die kapitalistische Gesellschaft und ziehen ein nüchternes Fazit: Weil die Warenproduktion nicht nur die Logik des Mediensystems bestimmt, sondern auch die Wahrnehmung konstituiert, entsteht ein verdinglichtes Denken, das zu Affirmation oder gar Apologetik der bestehenden Verhältnisse führen kann.

Mit anderen Worten: Der moderne Kapitalismus will sich absolut setzen.

Dagegen gilt es vorzugehen. Die um sich greifende Krise, inter-imperialistische Rivalitäten und die Kriege, die sie entfachen, rücken immer näher an die kapitalistischen Zentren und verspotten die These vom „Ende der Geschichte“. Gegen die Billigvorschläge aus der etablierten Politik, die letzten Endes alle die „Lösung“ der Krise auf den Boden der alternativlosen Marktwirtschaft stellen wollen, hilft nur eine utopische Energie, die sich aus der Geschichte speist: Es gilt, den scheinbar ahistorisch gewordenen Kapitalismus zu historisieren und damit Alternativen aufscheinen zu lassen.

Den Schweizer Kapitalismus historisieren – was heißt das?

Es heißt erst einmal, die sozialen Verwerfungen der Gegenwart nicht als selbstverständlich zu betrachten: Zunehmende Ungleichheit, Sozialabbau, Bankencrash und politische Rechtsentwicklung nicht schulterzuckend hinzunehmen, Kritik am schweizerischen Modell nicht mit der typisch schweizerischen Floskel „Uns geht’s doch gut!“ abzuwehren.

Wie auch die Schweiz von den globalen Krisenzyklen erfasst wird, lässt sich aus verschiedener Perspektive beschreiben. Zum Beispiel indem man, wie **Roland Herzog** und **Hans Schächli**, den tendenziell sinkenden **Verlauf der Profitrate** nachzeichnet. Wer dem Verlauf dieser nur schwer operationalisierbaren Größe nachgeht, kommt unweigerlich den grundlegenden Dynamiken kapitalistischer Entwicklung auf die Spur, weil sie sich aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, den Produktionsausstattungen und privaten wie staatlichen Investitionsentscheidungen ergibt. Entlang der Veränderungen der Profitrate werden Krisenzyklen ebenso sichtbar wie der Einfluss von Arbeits-

kämpfen, Migrationspolitik, Frauenbewegung, Krieg und Pandemie auf die kapitalistische Akkumulation.

Auch **Ueli Mäders Sozialstrukturanalyse** macht Schluss mit dem Mythos der reichen Schweiz. Reichtum ist hochgradig konzentriert, es herrscht hierzulande eine Einkommensungleichheit, die vor allem noch von der Ungleichheit betreffend Vermögen übertroffen wird. Das prägt Lebenswelten und Bewusstsein. Sozialstrukturen dokumentieren, „wie Menschen leben, sich systemisch verorten und welche Kontexte sie beeinflussen“. Für die Sozialstruktur sind auch „Demografie, Gesundheit, das Wohnen und Haushalten“ bedeutend. Gleichzeitig sieht sich die arbeitende Klasse heute mit einer Politik der Spaltung konfrontiert, die an realen Unterschieden innerhalb der Klasse ansetzt und Teile von ihr auf- und abwertet. Ein politisches Projekt, das diese Spaltungen überwinden will, bedarf einer Analyse dieser realen Unterschiede.

Auch **Hans Baumann und Robert Fluder** liefern für diese Unterschiede eindrückliche Belege. Das Wirtschaftswachstum in der Nachkriegszeit habe zwar die unmittelbare Armut beseitigt, gleichzeitig wurde aber **Ungleichheit** „konserviert und akzentuiert“. Das führt dazu, dass heute 55 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ein durchschnittliches Vermögen von nur rund 7 500 Franken besitzen. Dabei geht's nicht nur um Geld. „Ungleichheit manifestiert sich in allen Lebensbereichen“ – sei es betreffend Zugang zur Bildung, zu Wohnraum, zu Erwerbstätigkeiten, zur Gesundheitsversorgung oder auch zu sozialen Netzwerken – überall herrschen „krasse Ungleichheiten“.

Besonders eindrücklich offenbarte sich die Krisenanfälligkeit der Schweizer Ökonomie im Zuge der Finanzkrise von 2007/2008. Plötzlich stand die UBS, diese Manifestation von Schweizer Stabilität und Wohlstand, am Abgrund und musste mit staatlicher Hilfe beziehungsweise Steuergeldern gerettet werden. **Michael Roberts** zeichnet nach, wie die Schweiz zum internationalen **Finanzplatz** aufstieg, wie die hiesigen Großbanken sich auf das Geschäft der Vermögensverwaltung spezialisierten und wie das Großbürgertum gemeinsam mit den politischen Behörden über einen kantonalen Steuerwettbewerb die Schweiz zu „einer Stätte des privilegierten Luxustourismus“ umbauten. Auch wenn der Finanzplatz Schweiz nach wie vor wesentlich zum Schweizer BIP beiträgt, so hat er doch seine internationale Dominanz eingebüßt – der Untergang der Credit Suisse war das letzte starke Symptom dieser Entwicklung.

Das sind die Folgen der historisch gewachsenen Einflechtung des Schweizer Kapitalismus in globale Zusammenhänge. Diese sind in ständiger Bewegung und „folgen Zyklen von Globalisierung und Deglobalisierung, die oft mit Kriegen oder sozialen Krisen einhergehen“, wie **Arman Spéth und Michael Graff** in ihrem Beitrag zur **Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft** schreiben. Die Weltmarktintegration der Schweiz verlief daher nicht graduell, sondern turbulent – wenn auch mit klarer Tendenz zur stetigen Erweiterung ihrer Geschäfte jenseits der eigenen Grenzen. Treiber die-

ser Tendenz ist das Kapital selbst, genauer gesagt „sein Akkumulationsdrang, der auf der Produktion von Mehrwert als dem zentralen Zweck seines Daseins beruht“. Und weil hierzulande kein Mangel an finanzstarken Unternehmen herrscht, finden sich helvetische Spuren in allen einträglichen Ecken der Welt. Diese weltweite Präsenz garantiert einerseits die Umverteilung der Profite zugunsten der Schweiz, andererseits die „Reproduktion der ungleichen und hierarchischen Beziehungen“ auf globaler Ebene. So zeigt sich die Schweiz trotz ihrer beschaulichen Größe und militärischen Schwäche als ökonomisch expansive Kraft.

10 Voraussetzung dafür war in der Schweiz wie überall die Trennung der breiten Bevölkerung von den naturgegebenen Produktionsmethoden und „der langsame Vormarsch des Geldes, später der Lohnabhängigkeit, in alle Lebensbereiche“. Die **Entstehung des Kapitalismus** war zwar in der Schweiz ein weniger gewaltsamer Prozess als etwa in England, doch auch hier geprägt von Klassenkonflikten und der Trennung von Produzent:innen und Eigentümer:innen der Produktionsmittel. Diese Klassentrennung führte zur Bildung des kapitalistischen Systems und des schweizerischen Zentralstaates, wobei ökonomische Interessen oft die politischen Entscheidungen dominierten. Wenn **Willi Eberle** diesem Prozess nachgeht, betont auch er die außergewöhnliche Integration der Schweizer Bourgeoisie in den globalen Kapitalismus, die Abschöpfung von internationaler Mehrarbeit und die Dämpfung sozialer Konflikte. Damit wuchs über Jahrhunderte heran, „was dem Schweizer Kapitalismus eine spezielle Stellung im Imperialismus, dem ‚verfaulenden Kapitalismus‘ (Lenin), verlieh“: eine tiefe Verankerung in den globalen Zusammenhängen der Mehrwertproduktion und -abschöpfung ohne Besitz von Kolonien, ohne aktive Kriegsbeteiligungen, ohne Massierung einer industriellen Basis.

Juri Auderset beschreibt diese Entwicklungen mit Blick auf das **Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt** und hält fest, dass die Schweiz keinesfalls abseits von Kolonialismus und Sklavenhandel stand: Ob Investitionen in Plantagenökonomien, Söldner in den Diensten von Kolonialmächten oder Transithandel – seit über 150 Jahren laufen in der Schweiz die Fäden des globalen Kapitalismus zu einem zentralen Knoten zusammen. So zeichnet Auderset ein vielleicht etwas weniger vertrautes, aber adäquates Bild der Schweiz: „Schemenhaft rücken hinter der helvetischen ‚Industrielandschaft‘ die Baumwollplantagen des Mississippi-Deltas, Ägyptens und Ostindiens, die Kohlereviere Nordwesteuropas, die Ölbohrtürme in den Vereinigten Staaten und die Kobalt- und Lithiumminen in Zentralafrika, Asien, Australien und Lateinamerika in dieses Bild hinein und mit ihnen die Menschen, die in ihrer Arbeit an und mit der Natur jene Stoffe extrahierten und (re-)produzierten, die eine spezifische Form des schweizerischen Ressourcenkapitalismus in der Moderne ermöglichten“.

Die enge Verflechtung von fossilem Kapitalismus und ökologischem Imperialismus belegen **Anke Schaffartzik, Hanspeter Wieland, Christian Dorninger** in ihrer Arbeit zum **ökologisch ungleichen Tausch**. Ihre empirischen Befunde verdeutlichen, dass die Schweiz zur Aufrechterhaltung ihres Wohlstandes stark auf die Aneignung von Ressourcen und Arbeitskraft aus anderen Teilen der Welt angewiesen ist. Dass dabei die negativen Umweltauswirkungen der Produktion – „in Form von Emissionen, Ressourcenverbrauch oder Landnutzung“ – in den exportierenden Ländern verbleiben, während die Schweiz von den Endprodukten profitiert, „unterstreicht die strukturellen Ungleichheiten im globalen Handel und die asymmetrische Verteilung von ökologischen und sozialen Lasten“.

Nicht nur historisch-materialistische Analysen kommen zum Schluss, dass die Schweiz von diesen Verflechtungen profitiert und dabei gern Geschäftsinteressen den Vorzug gibt vor den angeblich so hoch gehaltenen Menschenrechten. Mit seiner Untersuchung der Beziehungen zwischen der **Schweiz und Südafrika** zeigt **Georg Kreis** auf, wie die entschiedene Verurteilung der Apartheid „in sonderbarem Kontrast zur Unwilligkeit“ stand, daraus irgendwelche konkreten Konsequenzen abzuleiten. Kreis kommt gar zum Schluss, dass beides sich gegenseitig bedingte: „Die strikte Weigerung, materielle Schlussfolgerungen in Betracht zu ziehen, rief nach einem kompensatorischen Handeln in Form öffentlicher Verurteilungen, wie diese es umgekehrt akzeptabel machten, dass man dem Reden keine Taten folgen ließ“. Der Umgang mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime steht nicht nur exemplarisch für eine Außenpolitik der Lippenbekenntnisse – die dabei aufgeworfene Frage um den Schutz der Gewerbefreiheit führte zu einer generellen Debatte um das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, in der auch bezüglich anderer Geschäfte (Beispiel Uran-Käufe in Namibia) „weniger Staat“ gefordert wurde.

11

Das Bild einer humanen Schweiz, die Menschenrechte durchzusetzen versucht, ist eng mit ihrer Neutralitätsgeschichte verwoben – wird aber gerade bei einer genaueren Betrachtung derselben mehr als brüchig. Ein Blick zurück mit **Dominic Iten** verdeutlicht: Die **Schweizer Neutralität** ist keinem Ideal geschuldet. Sie ist das ausgeklügelte Konzept eines Kleinstaates, der sich im internationalen Wettbewerb behaupten muss. Die Schweiz als „Land der guten Dienste“ beschreiben kann nur, wer die profitable Seite der Neutralität ausblendet. Während die neutrale Helvetia die eine Hand zur Hilfe anbietet, ist die andere zum geschäftlichen Handschlag ausgestreckt. Und weil sich erstens das ökonomische und geopolitische Umfeld in stetigem Wandel befindet und weil zweitens auch zwischen den dominierenden Kapitalfraktionen Gegensätze bestehen, ist die Neutralität seit ihrer Herausbildung in der Frühphase des Kapitalismus ein bedeutender Kampfplatz verschiedener Interessen.

Die Schweiz, die neutrale Friedensstifterin, die Insel des Wohlstands, der Hort der Menschenrechte – was gehört im Museum des Kapitalismus sonst noch in die Abteilung der Mythen?

Sicherlich das Zerrbild einer inklusiven Schweiz, mit ihrer direkten Demokratie und den weit ausgebauten Partizipationsmöglichkeiten. Bei den Lobesreden auf die „Vorzeigedemokratie Schweiz“ fällt gerne unter den Tisch, dass rund ein Drittel der hiesigen Bevölkerung (in erster Linie aufgrund ihrer Herkunft) von sämtlichen demokratischen Prozessen ausgeschlossen wird. Und nicht nur das: Mit **Jacqueline Kalbermatter** können wir die schweizerische **Migrationspolitik** als Versuch verstehen, die Mobilität der lebendigen Arbeit zu kontrollieren, um ihre Kosten möglichst niedrig zu halten und sie in den Dienst des Arbeitskräftebedarfs von Unternehmen zu stellen. Aus diesem Blickwinkel entpuppen sich Integrationsmaßnahmen „als wesentliche Disziplinierungsquelle“ und verlieren ihren Glanz.

Auch mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse erscheint die Schweiz sowohl in ökonomischer als auch politischer Hinsicht kaum mehr als Beispiel eines inklusiven Staates. Dass die direkte Demokratie die Beteiligung der Frauen am politischen Prozess bis spät ins 20. Jahrhundert hinein verhindert hat, gehört inzwischen zum Allgemeinwissen. Dass die Schweiz aber bezüglich geschlechtsspezifischer Einkommenslücke an der Spitze der europäischen Rangliste steht, ist weniger bekannt: Frauen im Erwerbsalter verdienen jährlich in der Schweiz rund 100 Milliarden Franken weniger als Männer. Eine Ungleichheit, die **Mascha Madörin** in ihrem Beitrag rund um die **Sorge- und Versorgungsarbeit** diskutiert. Diese wird hierzulande weiterhin überwiegend von Frauen geleistet: 85 Prozent beträgt der Anteil von Sorge- und Versorgungsarbeit an der Gesamtarbeitszeit der Frauen, gerade mal 55 Prozent bei den Männern. Diese Ungleichverteilung ist Teil des „Geschäftsmodells Schweiz“, das mit einer Niedrigsteuer-Politik große Konzerne und vermögende Privatpersonen ins Land lockt und sich diese tiefen Steuern deshalb leisten kann, weil sie die Sorge- und Versorgungsarbeit ungenügend finanziert und zu einem wesentlichen Teil in den privaten Bereich abschiebt.

Dass diese vermögenden Personen, **die Elite**, mit nur wenig Widerstand gegen ihre offensichtlich privilegierte Lage rechnen müssen, ist ebenfalls dem Mythos der integrativen Schweiz geschuldet – wer soll sich vor der Macht der Eliten fürchten in einem Land, das auf politischer Ebene die Mitsprache aller Bürger:innen gewährleistet? Doch im Gespräch mit **Matthieu Leimgruber und Stéphanie Ginalski** werden die Existenz, Vernetzung und Machtfülle der Schweizer Eliten in beunruhigendem Ausmaß deutlich. Die alten Patrizierfamilien knüpften in der Zeit des Untergangs des Ancien Régime eheliche und finanzielle Verbindungen zu den neu entstehenden bürgerlichen Eliten. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts trug der Zusammenschluss dieser neuen kapitalistischen Eliten in Dachverbänden, die mit dem jungen Bundesstaat über die Integration der Schweizer Wirtschaft

in die internationalen Märkte verhandeln sollten, ebenfalls zur Vernetzung und Konsolidierung einer nationalen Elite bei. Erst in den 1990er Jahren beginnt der starke „Schweizer Filz“ sich allmählich aufzulösen. Globalisierung, Dekartellisierung, ausländische Übernahmen und der Aufstieg der SVP zur stärksten politischen Kraft brechen das alte Elitennetzwerk auf und stellen in vielen Bereichen die politische Ausrichtung der Schweiz infrage: Freihandel, Beziehungen zur EU, Migrationspolitik, Neutralitätspolitik und so weiter.

Bisher gelingt es linken Kräften kaum, in diese Debatten wirksam einzugreifen. Woran das liegt und wie eine wirksame linke Politik in der Schweiz aussehen könnte, ist Thema im Gespräch mit **Franco Cavalli**. Wenn **der bürgerliche Staat** kein neutrales Instrument darstellt, wenn er den Bedingungen der Kapitalakkumulation unterworfen bleibt, deren gesundes Funktionieren er zu garantieren hat – wie kann dann im und gegen den Staat gehandelt werden, ohne in den Mühlen des bürgerlichen Apparats zermalmt zu werden? Vor dem Hintergrund der Eigenheiten des politischen Systems der Schweiz werden mögliche Strategien einer Linken diskutiert, die sich nicht damit zufriedengeben will, ein bisschen an den Stellschrauben der bürgerlichen Demokratie herumzudrehen.

13

Dass sich damit nur wenig bewirken lässt, ist keine neue Einsicht. Vor rund 50 Jahren stellten Felix Müller, Hans Schäppi und Jakob Tanner in ihrer Arbeit zur Schweiz in den krisenhaften 1970er Jahren die Frage, ob es sich bei der Krise um einen unglücklichen Zufall oder die logische Folge des Kapitalismus handelt. Ihre Antwort war eindeutig: „Die bürgerliche Vorstellung, die gegenwärtige ‚Rezession‘ sei ein zufälliger ‚Betriebsunfall‘“, beschönige „die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Lage“ (Tanner, Schäppi und Müller 1976, 9). Dieser Erkenntnis schließen wir uns an. Sie hat bis heute noch an Bedeutung gewonnen und wird von den hier versammelten Beiträgen auf verschiedenster Grundlage gestärkt.

Literatur

Kurz, Robert, 1999: Schwarzbuch Kapitalismus, München

Müller, Felix, Hans Schäppi und Jakob Tanner, 1976: Krise. Zufall oder Folge des Kapitalismus, Zürich

Danksagung

Entstanden ist dieses Buch aus dem Wunsch heraus, eine Lücke zu schließen, die es unserer Ansicht nach nicht geben dürfte.

Ein Buch neben der Erwerbsarbeit zu realisieren, der alle hier Beteiligten in der einen oder anderen Form nachgehen müssen, wäre ohne Unterstützung nicht möglich gewesen. Für kritische Hinweise, anregenden Austausch und formale Mitarbeit danken wir:

Jakob Tanner, Anna Kindler, Navin Sureskumaran, Thomas Schwendener, Nicolai Rapit, Franziska Fischer, Magnus Meister, Maël Mühlemann und Kevin Wolf.

Außerdem bedanken wir uns bei der Stiftung Studienbibliothek und der Unia für die finanzielle Unterstützung.

Zuletzt bedanken wir uns beim Mandelbaum Verlag für die Publikation unserer Arbeit.

Geschichte und Gegenwart des Schweizer Kapitalismus

WILLI EBERLE

Entstehung des Schweizer Kapitalismus

Die Herausbildung des Kapitalismus ist kein idyllischer geschichtlicher Prozess (Marx 1867, 741–791). Er ist vielmehr von einer meistens rücksichtslosen Durchsetzung der privaten Verfügungsrechte über den gesellschaftlichen Reichtum geprägt. Dies gilt auch für das Gebiet, das ab der Mitte des 19. Jahrhunderts den Nationalstaat der Schweizer Eidgenossenschaft ausmachen sollte. Diese Geschichte kann insbesondere für die Schweiz nur im Zusammenhang mit der europäischen polit-ökonomischen Dynamik begriffen werden. Ab dem 16. Jahrhundert greift die kapitalistische Mehrproduktaneignung und die Enteignung durch die erstarkende europäische Bourgeoisie mit dem Kolonialismus auf alle Kontinente aus (siehe Beitrag von Auderset in diesem Band). Die Schweiz findet darin eine ganz spezifische Rolle, ohne Kolonien, ohne militärisch untermauerte Großmacht-politik (Pollux 1944).

17

Wie kam es zur Scheidung von Produzent:innen und den Eigentümer:innen der Produktionsmittel? Wie kam es zur kapitalistischen Klassentrennung zwischen Lohnabhängigen und Kapitalist:innen? Wie kam es zur Bildung des helvetischen Zentralstaates? Bei der Beantwortung dieser Fragen sollten auch die Spezifika des helvetischen Kapitalismus in ihrer geschichtlichen Entwicklung hervortreten: eine außergewöhnlich erspriessliche Einbettung seit seinen Ursprüngen in die Entwicklungslinien und Konjunkturen des weltweiten Kapitalismus und, ab dem späteren 19. Jahrhundert, des Imperialismus, durch eine hohe Abschöpfung des international erarbeiteten Mehrwerts und einen hohen Grad an Dämpfung der einheimischen sozialen Konflikte. Diese beiden Faktoren waren entscheidend für die Tatsache, dass heute in der Schweiz die Bourgeoisie mit einer bürgerlichen direkten Referendumsdemokratie ihre Interessen gewaltlos durchsetzen kann, wie sonst nirgends auf der Welt. Dabei wird auch ersichtlich, dass die Herausbildung einer zentralisierten staatlichen Struktur weniger aus dem politischen Willen der herrschenden Eliten, sondern aus deren Verfolgung ökonomischer Interessen und des äußeren und inneren Drucks erfolgte: Das Ökonomische geht dem Politischen vor. Dieser Wirtschaftsliberalismus bleibt bis heute eine Grundeigenschaft des Schweizer politischen Systems.